

ZWISCHENRUF

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 68
NOVEMBER 2010



Liebe Leserin, lieber Leser,

beim Programm-Konvent der LINKEN in Hannover wies ich auf das emanzipatorische Potential der UN-Behindertenrechtskonvention hin.

Ihr Querschnittscharakter bietet gute Chancen, die menschenrechtliche Dimension unserer Politik sehr anschaulich darzustellen.

Im Bundestag verschlechterte die Regierungsmehrheit heute die gesundheitliche Versorgung auch von Menschen mit Behinderungen, indem sie durch die

Hintertür eine „Kopfpauschale“ einführte.

Die LINKSfraktion hingegen legt einen Gesetzentwurf vor, der die Mitnahme persönlicher Assistentinnen und Assistenten auch bei stationären Vor- und Nachsorge-Maßnahmen ermöglichen soll.

Eine tourismuspolitische Konferenz auf Rügen trug zur Präzisierung und Konkretisierung der Tourismuspolitischen Leitbilder der LINKEN bei.

Kommt gut über die grauen Novembertage; immerhin leuchten bald wieder überall Weihnachtslichter.

Euer/Ihr

Bundesregierung beantwortet Fragen (nicht)

Als Bundestagsabgeordneter hat Ilja Seifert die Möglichkeit, der Bundesregierung schriftliche und mündliche Fragen zu stellen, die dann von den jeweils verantwortlichen Ministerien beantwortet werden müssen. Die Antworten lassen häufig Fragen offen, wie drei aktuelle Beispiele zeigen:

1.) Die Bundesregierung steht zwar einer Umgestaltung des Schwerbehindertenausweises in ein handlicheres Format positiv gegenüber, verweist aber auf die Zuständigkeit der Länder.

2.) Zur durchschnittlichen Verweildauer von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten hat die Bundesregierung keine genaueren Daten. Immerhin stellt sie fest, dass die Mehrzahl der Menschen mit Behinderungen zum Zeitpunkt des Eintritts in eine Werkstatt jünger als 30 Jahre ist und in der Regel bis zum Erreichen des Renteneintrittsalters in der Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt ist. Somit verweilen also viele Menschen mit Behinderungen mehr als 30 Jahre in einer Werkstatt.

3.) Auf die Frage nach dem Diskussionsstand innerhalb der Kultusministerkonferenz (KMK) zu inklusiver Bildung - seit längerem werden Ergebnisse angekündigt - heißt es lediglich „Nach Kenntnis der Bundesregierung soll ein erster Entwurf der überarbeiteten sonderpädagogischen Empfehlungen in den nächsten Monaten in den zuständigen Gremien der KMK beraten werden. Zur genauen Zeitplanung bitte ich Sie, sich direkt an das Sekretariat der KMK zu wenden.“

TERMINE MIT ILJA SEIFERT

13.11.

5. Landesparteitag
DIE LINKE. Sachsen,
Schkeuditz

15.11.

14.30 Uhr

Gespräch mit der
Arbeitsagentur in
Bautzen

16.11.

10.00 - 13.00 Uhr
Bürgersprechstunde
im Wahlkreisbüro

Görlitz

17.11.

13.00-15.00 Uhr
Besuch des Anne-
dore-Leber-
Berufsbildungswerkes
in Berlin

18.11.

19.00 - 21.30 Uhr
Veranstaltung mit Ilja
Seifert und Wolfgang
Joithe, MdHB; David's
Café, Elisabeth-
Flügge-Str. 3,
Hamburg

21./22.11.

Klausur der Touris-
muspolitischen
SprecherInnen von
Bundestag und Land-
tagen in Drübeck,
Sachsen-Anhalt

25.11.

14.00-16.00 Uhr
Gespräch mit Sozial-
pädagogen aus
Belarus

3.12.

10.00-16.30 Uhr
Veranstaltung des
Deutschen Behinder-
tenrates zu „Inklusion
- Mein Menschen-
recht“, siehe:
[www.deutscher-
behindertenrat.de/](http://www.deutscher-behindertenrat.de/)

Leben und leben lassen – Tourismus, von dem alle profitieren

Unter dieser Überschrift luden die Fraktionen der LINKEN des Landes Mecklenburg/Vorpommern sowie des Kreistages Rügen am 5. November zu einer tourismuspolitischen Konferenz in das Ostseebad Binz ein. Rügens Landrätin Kerstin Kassner und Helmut Holter, Fraktionschef der LINKEN im Schweriner Landtag, sowie Fachleute aus der Tourismuswirtschaft diskutierten sehr konkret aus Sicht der Insel und des Landes das Spannungsverhältnis von Naturschutz und Tourismuswirtschaft, Kinder- und Jugendreisen, Steuerfragen und dem Lohn- und Ausbildungsniveau in der Branche.



Den Einstieg lieferte Ilja Seifert, tourismuspolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag, der Artikel 24 der UN-Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1948 ins allgemeine Gedächtnis rief: *„Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.“*

Dass die Bundesregierung nicht gewillt ist, Menschen mit wenig Geld eine Urlaubsreise zu ermöglichen, beweist die Antwort von Staatssekretär Peter Hintze (CDU) auf seine Anfrage am 6. Oktober: *„Vorrangiges Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist nicht in erster Linie die Umsetzung der tourismuspolitischen Leitlinien, sondern die schnellstmögliche Eingliederung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den Arbeitsmarkt... Bei der Entscheidung ... wurde... die Position „Übernachtungen“ nicht als regelbedarfsrelevant berücksichtigt. Diese Ausgaben sind dem Bereich Urlaub zuzuordnen, der als nicht existenzsichernd anzusehen ist und folglich für den Regelbedarf nicht zu berücksichtigen ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass auch Familien mit niedrigem Einkommen, die keine Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten, nicht durchgängig Urlaube finanzieren können.“*

Foto+Text: A. Nowak

Kürzungen auch für Menschen mit Behinderungen

„Die kalte Logik der Hartz-IV-Gesetzgebung schlägt zu“, erklärt Dr. Ilja Seifert in seiner Pressemitteilung. „Erwachsenen Menschen mit Behinderungen (die in „Regelbedarfsstufe III“ einsortiert werden), die „keinen eigenen Haushalt“ führen, werden 68,00 € weggenommen. Dieser Zynismus entsteht in Bürokratenhirnen, die der Meinung sind, hier einen „ungerechtfertigten Vorteil“ beseitigen zu können. Als wenn die Betroffenen, nur weil sie – z.B. auf Grund hohen Assistenzbedarfes – noch bei den Eltern leben, in Saus und Braus leben würden!“

„Damit bricht Ursula von der Leyen ihr Wort, hat sie doch im Zuge der Neuberechnung des Hartz-IV-Regelsatzes versprochen, dass sich die Situation für Menschen mit Behinderungen nicht verschlimmern wird. Das steht in einer Reihe mit Verschlechterungen bei den Rundfunkgebühren, der Gesundheitsreform sowie bei der Reform der Eingliederungshilfe. DIE LINKE kämpft mit allen demokratischen Mitteln gegen diese Kürzung. Unser Menschenbild geht davon aus, dass die Würde von Menschen nicht in Regelbedarfsstufen unterschieden werden darf.“ so Ilja Seifert.

www.ilja-seifert.de

In Kürze

Politik und Lyrik - „Meine persönliche Sicht auf 20 Jahre Deutsche Einheit“

Wie geht es den Menschen in der Oberlausitz zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung? Wie haben Bürger und Bürgerinnen die Zeit nach der „Wende“ erlebt und wie Ilja Seifert? Diese und andere Fragen, begleitet von Auszügen aus eigenen Gedichtbänden, versucht Ilja Seifert am 15.11.2010 ab 17:00 Uhr im BürgerInnenbüro in der Schulstraße 8 in Görlitz zu beantworten und lädt alle Interessierten zu einer gemeinsamen Veranstaltung ein.

*

Am 10.11. beschäftigte sich die Kinderkommission des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung mit der Einführung eines **inklusive Bildungssystems**. Die Bildungsexperten waren sich einig: die inklusive Schule muss endlich her. Was fehlt, sei ein einheitliches Leitbild des Bundes.

*

Die aktuelle Position der LINKEN zur Gesundheitsreform finden sie unter:

<http://www.linksfraktion.de/positionsapiere/kopfpauschale-hintertuer/>

*

Effiziente Entwicklungspolitik braucht Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen. Siehe:

http://www.christoffelblindenmission.de/artikel/Artikel_273835.html

Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 22772176

E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Schulstr. 8

02826 Görlitz

Tel.: 03581 661050

E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss: 12.11.2010

Redaktion: A. Asmus